

Pressemitteilung

Dresden, den 29. Januar 2020



LandesSchülerRat Sachsen

Hoyerswerdaer Straße 1
01099 Dresden

presse@lsr-sachsen.de

Stellungnahme zur Ansprache des Ministerpräsidenten am 29. Januar

Anlässlich der ersten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten stellvertretend für die im Dezember gebildete Staatsregierung äußert sich der LandesSchülerRat Sachsen zu den Schwerpunkten, die er für das Handeln der Staatsregierung sieht.

Im Rahmen des Sofortprogramms der Staatsregierung soll die Zahl der Studienplätze für Lehramtsstudenten weiter erhöht werden. „Der Ansatz der Regierung ist richtig und wichtig. Dennoch wäre es sinnvoll gewesen, das „Mehr“ an Studenten auch mit einem „Mehr“ an Attraktivität für das Studium zu verbinden. Die von uns geforderte Wiedereinführung eines Lehrerstipendiums für Sachsen wäre eine sinnvolle Sofortmaßnahme gewesen.“, so Landesschülersprecherin Joanna KESICKA.

Im Themenkomplex Digitalisierung sieht der LSR nach wie vor großen Handlungsbedarf, KESICKA dazu: „Die Staatsregierung setzt hier auf neue Forschungsansätze und innovative Lernformen. Die Zeit und die technische Entwicklung schreiten schnell voran – hier muss die Regierung in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt setzen.“, KESICKA weiter: „Insbesondere brauchen alle Schulen zeitnah einen Breitbandanschluss an das Internet. Hier muss die Staatsregierung zu ihrem ambitionierten Versprechen, bis 2024 Internet mit 1 Gbit/s an jede Schule zu bringen, stehen.“

Eine wichtige Rolle in der heutigen Regierungserklärung nahm der ländliche Raum und seine Förderung ein. KESICKA dazu: „Die Schülerschaft im ländlichen Raum kann mit einem verbundweit gültigen, kostengünstigen Bildungsticket und einem entsprechendem ÖPNV-Angebot unterstützt werden. Hier erwarten wir von der Regierung die Umsetzung ihrer Versprechen“.

Abschließend betont KESICKA erneut die Wichtigkeit der Politischen Bildung: „Auch diese Staatsregierung muss sich die Umsetzung des Programms »W wie Werte« auf die Fahne schreiben und ausreichende Mittel dafür bereitstellen. Die Strategie allein wird die politische Bildung nicht stärken, erst ihre Umsetzung kann dazu beitragen.“